

Suez-Erweiterung bleibt ein Reizthema

Informationsveranstaltung: Bürger und Politik weiter auf Konfrontationskurs

Zweihalb Stunden haben die Bezirksregierung Arnsberg und die Firma Suez am Mittwoch auf Einladung der Stadt Rede und Antwort gestanden zur Erweiterung der Suez-Anlage Südstraße. Die rund 150 Bürger und Politiker im Sud- und Treberhaus konnten sie aber nicht überzeugen: Am Widerstand gegen die beantragte Erweiterung hat sich nichts geändert.

Die Veranstaltung

Von der Bezirksregierung und Suez nahmen jeweils drei Vertreter auf dem Podium Platz. Nach einer halben Stunde drohte eine Eskalation, weil Bürgern offenbar nur die Rolle des Fragestellers zugestanden werden sollte. Auf Intervention der Bürgerinitiative „Dicke Luft“ (BI) durften Fragen dann aber auch mit Statements verbunden werden.

Die Firma

Als Spezialist im Behandeln von Böden mit Altlasten vor allem aus den 50er- und 60er-Jahren stellte Suez-Geschäftsführer Volker Lohmann das seit 1992 an der Südstraße ansässige Unternehmen vor. Ziel des Antrags an die Bezirksregierung sei eine „Optimierung des Anlagebetriebs“, unter anderem beim Arbeitsschutz und der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie durch eine Kapazitätserweiterung. Lohmann räumte auf Nachfrage von Ingrid Reckmeier (BUND) ein, dass Suez auch Bohrschlämme aus Niedersachsen an der Südstraße bearbeiten könnte. Diese könnten radioaktive Partikel enthalten, hatte Reckmeier gewarnt. Solche Bohrschlämme seien bisher nicht in der Suez-Anlage bearbeitet worden, so Lohmann. Und das werde „voraussichtlich“ auch in Zukunft nicht der Fall sein. Suez-Störfallbeauftragter Heinrich Hörmeyer erklärte, dass von der Anlage „kaum Gefahr“ ausgehe.

Die Aufsichtsbehörde

Über die beantragte Änderung der Genehmigung sei noch nicht entschieden, sagte Karsten Schmidt, technischer Dezernent der Bezirksregierung. Die Genehmigungsvoraussetzungen seien genau definiert, einen Ermessensspielraum gebe es nicht. Die Entscheidung werde auf Basis zahlreicher Gutachten und Prognosen getroffen, die auf der Homepage der Bezirksregierung stünden, so Schmidt. Die Frage von Linke-Chef Daniel Kleibömer, ob es für die Anlage von Suez nach der aktuellen Gesetzgebung an diesem Standort eine Betriebserlaubnis geben würde, beantwortete die Bezirksregierung nicht.

Die Bürger

Bürger schilderten ihre Sorgen und Ängste, zeigten aber auch Unverständnis über die Existenz dieser Anlage in einer Stadt wie Herne. „Das ist ein Verbrechen an unserer Gesundheit“, sagte BI-Mitglied und Suez-Anwohner Norbert Ingler. Ein junger Anwohner der Bachstraße, der als Krankenpfleger arbeitet, forderte die Verantwortlichen auf: „Kommen Sie mal auf eine Intensivstation oder eine Palliativstation für krebskranke Kinder. Vielleicht denken Sie dann noch mal über Ihre Entscheidung nach.“ Anwohner Michael Schulte kritisierte, dass er sich mit Behörden beim Bau eines „beschissenen Carports“ um zwei Zentimeter streiten müsse, während Unternehmen wie Suez eine „Permanentbelastung“ von Mensch und Umwelt erlaubt werde.

Der Umweltexperte

Starken Gegenwind gab es auch von Oliver Kalusch. „Das ist viel mehr als eine Anlage für kontaminierte Böden“, sagte das Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Suez stoße eine Vielzahl krebserregender Stoffe aus. Und: Die Anlage sei „von vorgestern“ und entspreche nicht dem neuesten Stand der Technik. Auf Intervention von Kalusch räumte die Bezirksregierung ein, dass es bei der Ausnahmegenehmigung für höhere Stickoxid-Grenzwerte sehr wohl einen Ermessensspielraum gibt. Auch das sei Teil der Prüfung, so Dezernent Schmidt.

Die Hiberniaschule

Um die Gesundheit der 1200 Kinder und Jugendlichen der Hiberniaschule sorgten sich die Elternrats-Mitglieder Daniel Fey und Tania Reinicke. Lkw-Transporte mit kontaminierten Böden führen auf der Holsterhauser Straße an der Schule vorbei. Es seien auch schon stark verstaubte Lkw beobachtet worden, die auf dem Weg nach Suez gewesen seien. Könnte es sich um kontaminierten Staub handeln? Auch das blieb offen.

Die Politik

BI-Mitglied Norbert Ingler zollte der Politik ein großes Lob. „Es ist klasse, was im Rat abgelaufen ist“, sagte der Schulleiter im Ruhestand unter Bezug auf die einstimmig verabschiedete Resolution gegen Suez. An der Veranstaltung im Sud- und Treberhaus nahmen auch zahlreiche politische Mandatsträger teil. Während SPD und CDU vereinbart hatten, sich nicht zu Wort zu melden, um Bürgern den Vortritt zu lassen, beteiligten sich Vertreter anderer Parteien und insbesondere der Piraten rege an der Debatte. Piraten-Ratsherr Andreas Prennig, von Beruf Chemietechniker, berichtete „aus Erfahrung“, dass andere Bezirksregierungen den Bestandsschutz derartiger Anlagen und somit Ausnahmegenehmigungen anders bewerteten.

Kommentar: Gesetze und Informationspolitik ändern

Der Rat ist dagegen, die Stadt ist dagegen, die Bürger erst recht - und doch wäre alles andere als ein Ja aus Arnberg zur Erweiterung der Verbrennungsanlage von Suez ein mittelschweres Wunder.

Ob zu Bohrschlämmen, radioaktiven Belastungen, kontaminierten Stäuben und und und - zahlreiche Bedenken, Sorgen und Ängste konnten in der zweieinhalbstündigen Veranstaltung in Eickel kaum oder nicht ausgeräumt werden. Gesetz und Grenzwerte lassen aber offenbar eine Erweiterung dieser Anlage zu, weil sich die Vorgaben vor allem an Interessen der Industrie orientieren. Das ist ein Missstand, der nach Korrekturen durch den Gesetzgeber schreit. Die Veranstaltung weckte aber auch Zweifel am Hinweis der Bezirksregierung, dass sie keinen Ermessensspielraum habe. Nicht zuletzt drängt sich die Frage auf, ob ein Konzern wie Suez seiner Verantwortung in Herne gerecht wird.

Handlungsbedarf besteht aber auch bei der Informationspolitik. Es kann nicht sein, dass betroffene Bürger nur in Amtsblättern, den Tiefen des Internets und öffentlichen Auslegungen über derart sensible Vorgänge informiert werden. Auch auf Seiten der Stadtverwaltung gab es hier Versäumnisse.

Wie geht es weiter? Die Bürgerinitiative hat einen „langen Kampf“ angekündigt. Dafür wird Kraft und Ausdauer nötig sein. Und Geld - etwa für die Kosten einer Klage gegen eine Genehmigung. [loc]